

Lodz

Volkszeitung

Nr. 30.

Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 10 Groschen. Stellenbesuche 50%, Angebote 25%, Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Zamenhofs 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters
täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt.

Der Abonnementspreis für den Monat Juni beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Die Stellungnahme der D. A. P. zur Stadtwirtschaft

Rede des Stadtverordneten Ludwig Kuf zum Budget der Stadt Lodz für das Jahr 1924.

Hochverehrte Stadtverordnetenversammlung!

Zu dem dem Stadtrat vorgelegten Haushaltsplan der Stadt Lodz für das Jahr 1924 nehmen wir, was ich von vornherein betonen möchte, einen negativen Standpunkt ein. Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Arbeitspartei Polens, in deren Namen zu sprechen ich die Ehre habe, hat schon zu Beginn der Kadenz ihre Stellungnahme zum Magistrat und zur Stadtratmehrheit unterstrichen. Wir sind der Ansicht, daß eine Arbeiterstadt, wie dies unzweifelhaft Lodz ist, nur von Vertretern der arbeitenden Bevölkerung, nicht aber von den Vertretern des Kapitals und den Feinden jeglicher Demokratie verwaltet werden mußte. (Großer Lärm auf den Bänken der „Chjena“).

Das Verhältnis der arbeitenden Bevölkerung zum Magistrat.

Nachdem die Regierung der Stadt von der gegenwärtigen Mehrheit übernommen worden war, konnte es niemandem verborgen bleiben, daß die Mehrheit ihrer Politik den Kurs geben wird: im Interesse der besitzenden Kreise zu wirken. Nur die Arbeiterschaft, die für die N. P. R. die Stimmen abgegeben hat, hoffte, daß es dieser Partei gelingen wird, auf die Vertreter der besitzenden Kreise einen Druck auszuüben, um die werktätige Bevölkerung vor allzugroßer Belastung zu schützen. Was sehen wir jedoch nach der einjährigen Wirtschaft der „Chjena“ mit der N. P. R.? (Zwischenruf bei der Chabecja: Kritizieren sie Berlin!) Nein, wir kritisieren euch, denn hier zahlen wir die Steuern und genügen unsrer Bürgerpflicht. Wir sehen, daß die Vertreter der N. P. R. vollständig vor den Wagen der Reaktion und des Kapitals gespannt wurden. Die Losungen dieser Partei aus der Vorwahlzeit, die Interessen der Werkstätigen zu schützen, sind leere Phrasen geblieben. Daß unsere Behauptung richtig ist, beweist der Haushaltsplan selbst. Die Einnahmen des Magistrats bestehen fast ausschließlich aus indirekten Steuern, die nur die Arbeitnehmerschaft belasten. Die Vertreter der N. P. R. besitzen nicht einmal einen Plan, der den Zweck hätte, diejenigen zu belasten, die zahlungsfähig sind — die Kapitalisten. (Die N. P. R. begleitet diesen Absatz mit unaufhörlichem Lärm, so daß Stv. Kuf nach jedem Satz warten muß, bis der Vorsitzende mit der Glocke Ruhe schafft.)

Die Charakterisierung der Mehrheitsparteien.

Wir sind weit davon entfernt, der N. P. R. die Arbeitslust oder die Arbeitsamkeit abzuspochen. Wir sehen den Vizepräsidenten wie auch die Schöffen selbst in den Magistratsabteilungen, die nicht zu ihrem Ressort gehören, in der Krankenkasse und anderen Institutionen. Das genügt aber noch nicht. Eine jede Arbeit muß einen leitenden Gedanken besitzen. Muß zumindestens die Vorwahlversprechungen zu erfüllen suchen. Und die N. P. R. predigte vor den Wahlen die Befreiung der Arbeiterschaft aus den Fesseln des Kapitals. Die Klasse, die durch ihre Arbeit das Vermögen der Stadt und des Staates zusammengetragen hat, besitzt ein Recht darauf, die bürgerliche Gleichberechtigung zu genießen. Wir wenden uns besonders an die N. P. R., weil sie vorgibt, eine Arbeiterpartei zu sein, wir

an sie also mit Recht Ansprüche stellen können. (Anbauernder Lärm auf den Bänken der N. P. R.)

Die Vertreter des Nationalen Volksverbandes, in deren Fußstapfen die Chabecja schreitet, die dem Kommando der einheimischen Reaktion blindlings folgt, haben ihre Wahllosungen nicht verraten. Sie haben durchgesetzt, daß die gesamte Last der Stadtwirtschaft, getreu ihren Grundsätzen, auf die Schultern der Werkstätigen abgewälzt wurde.

Die N. P. R. hat sich diesen Praktiken der Chjena nicht nur nicht widersetzt, sondern im Gegenteil, diese Politik dadurch unterstützt, daß sie mit ihren natürlichen Feinden, der Reaktion, ein Bündnis geschlossen und mit dieser zusammen den Magistrat übernommen hat.

Das arbeitende Lodz hat also, was wir feststellen müssen, seine Feinde noch nicht erkannt, indem es sein Los denjenigen anvertraut hat, die stets die wahren Verteidiger der Arbeiterschaft — die Sozialisten, die eine Verbrüderung der gesamten Menschheit und eine gerechte Weltordnung anstreben — bekämpfen. (Die gesamte Chjena erhebt großen Lärm.) Die N. P. R., die der polnischen Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit einredet, daß deren Feinde die deutschen und jüdischen Arbeiter sind, die nicht die Linderung der Not der Arbeiterschaft, sondern die Entjudung und die Entdeutschung der Stadt als ihre hehrste Aufgabe ansieht, beweist, daß ihr Lebensnerv der nationale Chauvinismus ist, dieser ewige Feind der Arbeiterschaft der ganzen Welt. (Gymnasialdirektor Józefowski: Und das sagen sie?) Inwieweit, das sage ich, denn ich bin Sozialist, Demokrat.

Der empörte Chlenik.

Stets, wenn es sich darum gehandelt hat, den nationalen Chauvinismus hervorzukehren, hat die N. P. R. ohne Ueberlegung ihre ganze Seele der „Chjena“ verschrieben, diesem Lager der polnischen Gesellschaft, das durch seine Politik der Unterdrückung und der Untoleranz in den Selbstverwaltungen und den höchsten gesetzgebenden Stellen verursacht hat, daß selbst die Staaten des Westens, die Polen bis jetzt freundschaftlich gegenüber standen, sich von uns abkehren und auf internationalem Gebiet den Kampf gegen die Politik der polnischen Reaktion aufnehmen. (Im Saale entsteht unbeschreiblicher Lärm. Stv. Knorr (Endel): „Ich kann mir diese Narrheiten nicht länger anhören! Ich verlasse zum Protest den Saal!“ Er verläßt lärmend den Saal, die Tür zuknallend. Der Vorsitzende erteilt dem Stv. Knorr wegen des Ausdrucks „Narrheiten“ einen Ordnungsruf.)

Ja, verehrte Herrschaften! Diese bitteren Wahrheiten tun ihnen weh. Uns aber noch viel mehr. Ändern sie ihre Taktik, machen sie die eigene Verfassung wahr. (Durch unaufhörliches Läuten schafft der Vorsitzende endlich Ruhe.)

Daß diese kurzfristige Politik bankrottieren muß, unterliegt keinem Zweifel. Und deswegen arbeiten wir zusammen mit der polnischen Demokratie an der Aufklärung der Massen und der Erklämpfung eines besseren Morgen für die werktätige Bevölkerung und Polen, das dann erst im Auslande Vertrauen und Mitarbeiter an der Völkerveröhnung und am Weltfrieden finden wird.

Alle Sünden.

Ihre alten Sünden charakterisieren sie, meine Herren von der Mehrheit, am besten. Ich erinnere an die „Rozwoj“-Plakate. Es nützte damals nicht die Feststellung der Tatsache, daß diese Plakate Unruhen in der Stadt hervorrufen müssen, es nützte selbst nichts, daß der Herr Stadtpräsident selbst, ihr erster Vertrauensmann, gegen diese Agitationen aufgetreten ist. Es genügte, daß gegen jüdische Arbeiter gehegt wurde, um die Einheitsfront zwischen den jüdischen Kapitalisten und der polnischen Reaktion herzustellen, die einstimmig einen Einspruch des Stadtrats in dieser Sache verwarf. Und die Angelegenheit des Schlagens der Juden durch die Polizei? Auch hier lehnte man einen Einspruch ab. Der Stadtrat ist also nur zum Schutz der Mehrheit da. Was aber mit den Minderheiten geschieht, interessiert unseren Stadtrat nicht. (Lärm. Zwischenrufe: „Warum verteidigen sie die Juden?“) Weil wir auch die Juden als gleichberechtigte Bürger ansehen.

Der Bezirksschulrat.

Ich will sie, meine Herren, auch an den Bezirksschulrat erinnern. Es ging hier um die Seele des deutschen Arbeiterkindes, die im Schulrat, was ja jedem Erzieher klar ist, nur von einem Deutschen vertreten werden konnte. Die polnischen Sozialisten haben die Notwendigkeit eines deutschen Vertreters im Rat eingesehen und stellten als ihren Kandidaten den deutschen Lehrer, den Stadtverordneten R. Klim auf. Was die Sozialisten aber verstehen, versteht die Mehrheit nicht. Die Abwesenheit der gesamten Linken, die zum Protest gegen die verwerflichen Methoden der Mehrheit den Saal verlassen hatte, wurde ausgenützt, um die verhassten Minderheiten aus dem Schulrat auszusperrten. Heute wird der Mangel des deutschen Vertreters im Schulrat von diesem selbst empfunden. Und deswegen beantragen wir nochmals die Zulassung des Stadtv. Klim zu demselben. (Stürmische Protestrufe: Wir lassen euch nicht herein; wir brauchen euch nicht zum Stänkern; ihr gebärdet euch, als wäret ihr die Herren! Die Fraktion der D. A. P. gerät in einen leidenschaftlichen Streit mit der Mehrheit. Stv. Seidler: „Das ist euer wahres Gesicht!“ Stv. Klim: „Schämt euch eurer Toleranz wegen.“ Stv. Filbrich schüttelt sich ihn beschimpfende N. P. R.-Leute ab. Stv. Graß hat am Präsidiumstisch als Sekretär mit den Magistratsmitgliedern Streit. Nur mit Mühe kann der Vorsitzende Ruhe schaffen.)

Der Kampf mit der Opposition.

Ich erinnere sie, meine Herren, an ihre Taktik gegenüber der Opposition. Sie haben ein Rezept: Wer den Mund aufzutun wagt, wird hinausgeworfen. Die Stv. Milman und Lichtenstein wurden nur deswegen verdrängt, weil sie ihnen zu große Gegner waren. Ein anderer Gegner, der Stv. Holenderki, wurde einfach geohrfeigt. Genugtung haben sie ihm nicht gegeben. Die Wojewodschaft hat ihren Beschluß bezüglich der Stadtverordneten des „Bund“ für ungültig erklärt. Was machen sie sich aber daraus? Sie lehnen sich gegen die höhere Behörde auf. Ihr juridischer Beirat, der Stv. Rechtsanwalt Stupulkowski, donnerte: „Wir wissen allein, was wir machen!“

Wir lassen uns keine Lehren von der Wojewodschaft erteilen! Und einige Monate vorher, bei der Besprechung der Streichung der Liste Nr. 5 sagte derselbe Herr Rechtsanwält: „Wir dürfen uns gegen die höhere Behörde nicht auflehnen. Wenn wir das tun, so haben wir Anarchie, Bolschewismus im Lande. (Stypulkowski schreit unaufhörlich in deutscher Sprache: „Polenfresser!“). Die Rechtsgültigkeit des Stadtrats ist durch den gewaltsamen Ausschluß der zwei Stadtverordneten bedroht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Allerhöchste Administrationstribunal alle bisherigen Stadtratbeschlüsse dadurch für ungültig erklärt. Wir fordern daher die Wiedereinsetzung der beiden Stadtverordneten in ihre Rechte. (Wüste Zwischenrufe: „Niemals!“)

Die Beamtenentlassungen.

Seit Beginn der Tätigkeit des Magistrats kämpft dieser mit seinen Beamten, die zu einer anderen Partei gehören. Die Sanierung dient als Mantel, um dem politischen Gegner die Macht fühlen zu lassen. Ganz nach dem Beispiel des Herrn Moskalewski in Warschau.

Die Arbeitslosenfrage.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Magistrat und die Mehrheit bis jetzt nichts getan. Man kann unmöglich die Verabfolgung von Suppen an die Arbeiter oder die geringen öffentlichen Arbeiten als eine Lösung der Frage ansprechen. Der Magistrat der Stadt, die aus der Arbeit der Werkstätten erstanden ist, muß bei der Lösung der Arbeitslosenfrage die größte Rolle übernehmen. Er muß in der gegenwärtigen massenweisen Arbeitslosigkeit die Stadt und deren Einwohner schützen. Er muß die Frage lösen oder sich wenigstens um die Lösung bemühen. Statistisches Material hierfür besitzt der Magistrat. Die Industrie besteht doch in Lodz schon seit 80 Jahren. Der Magistrat muß eine Zusammenarbeit mit der Regierung schaffen, muß die Regierung davon überzeugen, daß die Industrie verpflichtet ist, für diejenigen tausenden Unglücklichen zu sorgen, die ihre Existenz und ihr Leben der Industrie verschrieben haben. Diese Sachen interessieren den Magistrat nicht, er hat es sogar einmal für notwendig erachtet, im Haushaltsplan an die Arbeitslosigkeit zu denken. Deswegen beantragen wir die Einfügung in das Budget einer Summe von 350,000 Sloty zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. (Die N. P. R. protestiert und ruft: „Wir haben hierfür kein Geld!“)

Die Wohnungsnot.

Die Wohnungsfrage betrachtet der Magistrat als Rebus, das die kommenden Geschlechter enträtseln sollen. Der Antrag, die Besitzer von großen Wohnungen, die 10-20 Zimmer mit Familien von 2-3 Personen bewohnen, zur Abgabe der unnötigen Räume zu zwingen, wozu den Magistrat die bestehenden Gesetze ermächtigen, wird gerade von den Magistratsmitgliedern scharf bekämpft. Ebenso auch die Luxuswohnsteuer. Ueber den Ausbau der Stadt hat man am Anfang der Kadenz viel gesprochen. Heute aber hat diese Frage ihren Ruheplatz unter dem grünen Tuch gefunden.

Die Requirierung des Saales des Lodzzer Sport- und Turnvereins.

An dieser Sache können wir nicht so ohne weiteres vorübergehen. Der Sport- und Turnverein hat stets freiwillig seinen Saal für die Rekrutierungen hergegeben. Hat seine Bürgerpflichten erfüllt. Als Herr Groszkowski aber ein Raum für die Einquartierung des Militärs notwendig war, rewanchierte er sich für die Loyalität des Vereins dadurch, daß er den Saal gänzlich requirieren ließ. Heute befindet sich die Angelegenheit im Innenministerium, das bestimmt die Requisition aufheben wird, da selbst die Lodzzer Wojewodschaftsbehörde die Requisition als ungesetzlich bezeichnete. Die Existenz des Vereins ist untergraben. Der Magistrat wird aber eine neue Blamage für sich buchen müssen. Das ist der Segen der Tätigkeit des Herrn Groszkowski. (Groszkowski's Parteigänger schreien: „Gehen sie nach Berlin!“). Stv. Kul: „Meine Herrschaften! Reden sie doch keine Dummheiten! Mit diesen Zwischenrufen blamieren sie sich doch selbst!“

Das Budgetgleichgewicht.

In der Begründung zum Budget behauptet der Magistrat stolz, das Gleichgewicht des Haus-

haltsplanes erreicht zu haben. Traurig ist es also mit der Stadt bestellt. Des Gleichgewichts wegen werden die Hygiene der Stadt, die Schulbedürfnisse, die so notwendigen Straßenpflasterungen, der Bau des Volkshauses, des Theaters, der Krankenhäuser, die Hilfe für Arme, die Kanalisation usw. über Bord geworfen. Genau wie zu weiland Pienkowskis Zeiten, den der Zustand und das Aussehen der Stadt ebenfalls nicht interessiert hat. Nur die erhaltenen Auszeichnungen für das nach Petersburg abgeführte Geld interessierten ihn.

Der Sejm hat kein Vertrauen zur Regierung.

Er will sie aber nicht stürzen.

Als Ministerpräsident Grabski in der Dienstagssitzung des Sejm das Wort zu seinem Expose ergreifen wollte, eröffneten die Ukrainer ein gewaltiges Pultdeckelkonzert, so daß es Grabski unmöglich war, zu sprechen. Diese Demonstration der Ukrainer galt der Unterdrückungspolitik der Regierung. Erst nach minutenlangen Lärmzügen gelang es dem Marschall Ruhe zu stiften, indem er den Vorsitzenden des ukrainischen Klubs, Abg. Podhorski, wegen der die Regierung beleidigenden Zurufe dreimal zur Ordnung rief.

In seinem Expose erzählte Grabski dem Sejm, daß es ihm gelungen sei, das Gleichgewicht im Budget herzustellen. Die Stabilisierung der Valuta sei ebenfalls durchgeführt. Grabski ist voll Optimismus für die Zukunft, denn wie er sagte, ist bisher alles besser gegangen, „als wir erwartet haben“. Er meint, daß die durch die Sanierung der Finanzen hervorgerufene Wirtschaftskrise bei weitem nicht so groß sei, wie von vielen angenommen wird. Von einer großen Arbeitslosigkeit könne keine Rede sein.

Wenn dies Grabski sagt, so wird es wohl stimmen, denn er muß es ja wissen! Und dann: man höre und staune! „Die Regierung kämpft mit allen Mitteln gegen die Arbeitslosigkeit, indem sie Aufträge an die Industrie erteilt und Unterstützungsgelder für die Arbeitslosen zur Verfügung stellt.“

Mehr Sorgen machen unsrem Ministerpräsidenten die Teuerung und die ungleiche Gestaltung der Groß- und Kleinhandelspreise, die die normale Entwicklung im Wirtschaftsleben verhindern. Die Unterhaltskosten sind nicht gefallen, wie das während der Sanierungszeit in Deutschland und Oesterreich der Fall war. „Der Landbesitz“, sagte Grabski, „macht der Regierung Vorwürfe, weil die Regierung die Getreideausfuhr nicht gestattete. Ich konnte die Ausfuhr nicht billigen, da das Brot bei uns teurer als wo anders ist.“ Die allgemeine Ausfuhr wäre der Tod für die Sanierung.“

Die Steuern laufen besser ein, „als wir erwartet haben“. Die Bank Polki entwickelte sich gut. Die Eisenbahn arbeite ohne Defizit. Die Sparaktion der Regierung schreite vorwärts. In den Jahren 1923 und 1924 sind 20 109 Beamten entlassen worden. Auslandsanleihen sind erwünscht, da sie den Uebergang zu gesunden Wirtschaftsverhältnissen erleichtern würden.

Der Knalleffekt des ganzen Exposes war die Forderung Grabskis, der Sejm möge das Ermächtigungsgesetz bewilligen, das für die Regierung weitgehende Vollmachten vorsieht. „Das Ermächtigungsgesetz ist notwendig“, sagte Grabski, „wenn der Sejm nicht wolle, daß die Sanierungsaktion im letzten Augenblick zusammenbrechen soll.“

Das Grabskische Expose war groß angelegt und es enthielt manches, dem man zustimmen kann. Es war jedoch kein Expose des Ministerpräsidenten, sondern des Finanzministers. Es enthielt nicht ein politisches Moment, nicht einen Hinweis auf die politischen Aufgaben der Regierung. Und dies ist das große Minus des Exposes.

Grabski ist Optimist. Seine oft wiederholte Redewendung war: „es ist besser gekommen, als wir dies erwartet haben“. Damit suchte er seinen Optimismus auf die Hörer zu übertragen. Ist es aber wirklich so rosig, wie es Grabski dargestellt hat? Ist bei uns die Krise noch nicht groß genug und die Arbeitslosigkeit nicht der Rede wert? Wenn Grabski Zahlen über die Arbeitslosigkeit angibt, so können wir ihm sagen, daß seine Zahlen nicht stimmen. Er gibt für den Mai 95 000 Arbeitslose für Polen an. Das sind jedoch, was Grabski wohlweislich verschweigt, nur die Arbeitslosen, die sich in den Arbeitsvermittlungsbüros eingetragen haben.

Und ein Hohn auf die Arbeiterschaft ist die Behauptung, daß die Regierung alles tue, um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten.

Wir können den Optimismus Grabskis nicht teilen. Die Wirtschaftskrise ist ernst. Als Beweis möge dafür die Zahl der Bankrotte dienen. Nach Grabski ist in dem Monat Mai die Zahl der registrierten Bankrotte auf 600 gestiegen. Das ist eine Zahl, die für sich selbst spricht.

Das Ermächtigungsgesetz wird Grabski in den Kommissionen durchpeitschen wollen, indem er allen Abgeordneten, die sich keine Rechenschaft über die Zusammenhänge im wirtschaftlichen und politischen Leben zu geben vermögen, mit der Drohung, wenn ihr nicht wolle, daß die Sanierung der Teufel holt, die Pistole auf die Brust

Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Arbeitspartei Polens sieht die Entwicklung der Stadt durch den gegenwärtigen Magistrat bedroht. Das Budget und die Tätigkeit des Magistrats beweist von neuem, daß eine rationelle Stadtwirtschaft nur von den Vertretern der werktätigen Bevölkerung — von den Sozialisten geführt werden kann.

Aus diesem Grunde versagen wir dem Magistrat unser Vertrauen und werden gegen den Haushaltsplan stimmen. (Beifall auf den Bänken der Opposition, Lärmen bei der Mehrheit.)

Das Ermächtigungsgesetz gibt der Regierung auf eine längere Zeit unbeschränkte Vollmacht. Für diese Zeit wird der Sejm ausgeschaltet und hat nichts zu sagen. Was dies zu bedeuten hat, kann jeder ermessen, der bedenkt, daß der Regierung außer Grabski Männer wie der Außenminister Zamoycki, Justizminister Wyganowski und Unterrichtsminister Miklaszewski angehören.

Sollte jedoch die P. P. S., die „Wyzwolenie“ sowie einige Piasten, die sich gegen das Ermächtigungsgesetz ausgesprochen haben, an ihrem Standpunkt festhalten, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Gesetz in den Kommissionen begraben wird.

Bisher haben sich einige Fraktionen bereits für Grabski ausgesprochen. Doch alle taten es mit gewissen Bedenken. Die P. P. S. und die „Wyzwolenie“ haben sich gegen die Regierung ausgesprochen. Sie werden jedoch bei der Abstimmung durch Abwesenheit glänzen, um auf diese Weise den Sturz der Regierung zu verhindern. Die Minderheiten werden natürlich dagegen stimmen, da sie zu einer Regierung, die überhaupt kein politisches Programm hat, kein Vertrauen haben können.

Gährung in der „Wyzwolenie“.

Wie bereits gemeldet, haben einige Abgeordneten, die den rechten Flügel der „Wyzwolenie“-Partei bilden, Thugutt die Gefolgschaft versagt, indem sie ihn in ihrem eigenen Organ wegen seines Standpunktes in der Minderheitenfrage auf das heftigste anrempelten. Nun ist auch der linke Flügel zur Herausgabe eines eigenen Organs geschritten. Gleich in der ersten Nummer wird die Politik Thugutts einer scharfen Kritik unterzogen und seine politische Haltung als schwankend bezeichnet. Wenn es bisher noch zu keiner offenen Spaltung kam, so ist dies nur der straffen Parteidisziplin zu verdanken.

Das Arbeitslosenfürsorgegesetz abgelehnt.

Das Arbeitsministerium hat es von neuem eingebracht.

Das Arbeitslosengesetz, das seinerzeit vom Sejm angenommen worden ist, wurde an den Senat geschickt, der den 1. Art. des Gesetzes: „Auf Antrag des Arbeitsministers kann der Ministerrat auch Angestellte in das Gesetz hineinbeziehen“ gestrichen hat. Diese „Verbesserung“ des Senats wurde vom Sejm abgelehnt, jedoch mit keiner qualifizierten Mehrheit. Es fehlten 2 Stimmen. Der Marschall beantragte daraufhin eine zweite Abstimmung, mit der Begründung, daß wahrscheinlich nicht alle Abgeordneten gewußt haben, daß dazu eine qualifizierte Mehrheit notwendig sei. Bei der zweiten Abstimmung fehlten 3 Stimmen zur qualifizierten Mehrheit, so daß nach dem Wortlaut der Konstitution, das Gesetz zu existieren aufhört. Der Leiter des Arbeitsministeriums, Simon, erklärte daraufhin, daß die Regierung von neuem das Gesetz in dem vom Sejm angenommenen Wortlaut einbringe.

Der Senat, der die Verzögerung des Gesetzes anstrebte, hat mit seiner Verbesserung eine monatelange, schwere Arbeit zunichte gemacht. Das Gesetz muß von neuem in der Kommission in drei Lesungen angenommen werden, ehe es zur Abstimmung vor das Plenum des Sejm geht. Im Sejm geht dieselbe Prozedur noch einmal vor sich. Inzwischen können ja die Arbeitslosen verreden. Was kümmert dies den Senat. Das sind die Folgen des Zweikammerstems.

Litauen will keine Verständigung mit Polen.

Die Botschafterkonferenz hat an den litauischen sowie polnischen Gesandten in Paris eine Note gefandt, in der Litauen und Polen aufgefordert werden, Verkehrs- und Konsularbeziehungen anzuknüpfen. Wie sich die litauische Regierung zu dieser Aufforderung verhält, ist noch unbekannt. Es ist jedoch mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Litauen der Aufforderung nicht Folge leisten wird. Polen ist nicht abgeneigt, Verhandlungen anzuknüpfen. Der Vorschlag Polens, in Sachen der Pilgerfahrten nach dem von Polen besetzten Gebiet in direkte Verhandlungen zu treten, wird in Litauen als Versuch angesehen, die Anerkennung der Besitzergreifung von Wilna herbeizuführen. Litauen lehnte daher den polnischen Vorschlag ab.

Millerand gestürzt.

Wie vorauszusehen war, hat Millerand im Kampf mit der Linken eine Niederlage erlitten. Der durch Millerand berufene Ministerpräsident Marfal hat gleich nach der Verlesung des Millerandschen Manifestes im Parlament das Misstrauensvotum erhalten. Millerand hat daraus die Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten. Als sein Nachfolger wird Painleve genannt. Herrriot, der bereits Verhandlungen mit den Fraktionsführern der Linksparteien führt, dürfte Ministerpräsident werden. Augenblicklich führt noch Marfal die Regierungsgeschäfte weiter.

Die deutsche Regierung in Schwierigkeiten.

Die Deutschnationalen kündigen den Sturz der Regierung Marx an.

Der deutschnationalen Parteiführer Graf Westarp zieht in der „Kreuzzeitung“ die Bilanz der abgelaufenen Reichstagsdebatte. Er kündigt an, daß die Deutschnationalen alles, was in ihrer Macht steht, tun werden, um das Kabinett Marx noch vor dem Abschluß der Verhandlungen über das Sachverständigengutachten zu beseitigen, um selbst an die Macht zu gelangen. Das wird näher noch ausgeführt bei der Ankündigung, daß die Deutschnationalen bei den Reichstagsdebatten über das Schlußabkommen dagegen stimmen werden, wenn nicht ihre Voraussetzungen, vor allem die politische und militärische Räumung des besetzten Gebietes, erfüllt werden. Graf Westarp rechnet auf eine neue Parteikonstellation im Reichstag, wobei er Zentrum und Nationalsozialisten einbeziehen will, mit der Deutschen Volkspartei als Selbstverständlichkeit rechnet, die Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei auch noch zuzieht.

Dieser Rechtsblock hätte 227 Stimmen im Reichstage. Kanzlerkandidat der Deutschnationalen ist nach wie vor Tirpitz. Westarp versichert, daß mindestens die Nationalsozialisten diese Kammer unterstützen werden.

Vom Lodzer Stadtparlament.

Die Budgetdebatten.

Am Mittwoch abend wurde in der Stadtverordnetenversammlung die Generaldebatte über das Budget der Stadt Lodz für das Jahr 1924 eröffnet.

Als erster sprach namens der N. P. R. Stv. Pfeiffer. Redner unterstützte den Referenten und warf der Opposition, besonders der D. A. P. vor, daß sie bei den Monatsbudgets nichts weiter zu sagen hätte als „Wir haben kein Vertrauen zum Magistrat“. Hier warf Stv. Kuf vom Platz aus ein: „Heute aber werdet ihr etwas mehr hören“. Nachdem auch Stv. Józowski („Chadecja“) für die Annahme des Haushaltsplanes eingetreten war, ergriß Stv. Kuf namens der D. A. P. das Wort. Diese Rede bringen wir an erster Stelle dieser Folge.

Die übrigen Redner der Opposition: Kapalski (P. P. S.), Pognanski (Bund), Holenderski (Poales Zion) und Dr. Schweig („Sitachuth“) sprachen sich ebenfalls gegen den Vorschlag aus.

Auf die Rede des Stv. Kuf antworteten nur die N. P. R.-Leute Wojewódzki und Zubert (Fischer Schubert). Vizepräsident Wojewódzki versuchte die Kritik der fraktion der D. A. P. dadurch zu entkräften, daß er die Deutschen Feinde des polnischen Staates nannte. Mehr konnte dieser Paps der N. P. R. als Entschuldigung nicht aufbringen.

Auch am Donnerstag wurden die Deutschen nach Berlin geschickt.

Die ordentliche Sitzung am Donnerstag brachte ebenfalls Lärmereien. Bei der Besprechung der Einführung des Abendunterrichts für die Jugend der Jahrgänge 1908, 1909 und 1910, die die Volksschule noch nicht beendet haben, ergriß Stv. Reinhold Klim (D. A. P.) das Wort. Redner begrüßte den Beschluß des Magistrats als ein Beweis dafür, daß auch der gegenwärtige Magistrat die Bekämpfung des Analphabetentums anstrebt. Unter Berufung auf die Staatsverfassung beantragte Redner für die Schulkinder deutscher Nationalität die Einführung von Kursen in ihrer Muttersprache. Diese Forderung wurde von den Juden unterstützt, vom Referenten jedoch mit der Begründung verworfen, daß man in Polen polnisch lernen müßte. Nachdem auch der Stadtrat gegen die Stimmen der Opposition den Antrag Klim verworfen hatte, gab Stv. Klim unter ungeheurem Lärm folgende Erklärung ab:

„Im Zusammenhange mit der Abweisung meines Antrages in Sachen der Sicherung der deutschen Jugend in den Abendstunden des Unterrichts in der Muttersprache erkläre ich folgendes: Die gegenwärtige Mehrheit des Stadtrats, gestützt auf ihre vorübergehende Macht, verwirft stumpflos die Forderungen der Opposition und der nationalen Minderheiten. In der Parteiverblendung, im Sinne der Losungen aus der Vorwahlzeit — Entdeutschung und Entjudung der Stadt — tritt die Mehrheit die elementarsten Grundsätze der Pädagogik (die Unterrichtssprache muß die Muttersprache sein) mit Füßen und will die Bedürfnisse der nationalen Minderheiten nicht verstehen. Diesem Verhalten gegenüber lege ich energischen Protest ein und bitte diese meine Erklärung in das amtliche Protokoll aufzunehmen.“

Bei der Verlesung dieser Erklärung erhob sich großer Lärm. Die Chylenisten und N. P. R.-Männer taten sich in wüstem Gestrüll „Do Berlina!“ gut. Stv. Klim antwortete: „Sie, meine Herren Stadtväter, tun mir ob ihrer Geistesarmut leid. Haben Sie wirklich kein anderes Argument?“

Hierauf schritt der Stadtrat zur Einzeldebatte über das Budget. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Lotales.

Zwangweise Inbetriebsetzung der Widzewer Manufaktur. Seit den Zwischenfällen in der „Widzewer Manufaktur“ ruhen die Betriebe. Die Bemühungen der Arbeiterverbände, mit Dir. Max Kohn in Verbindung zu treten, um über eine Wiederinbetriebsetzung zu beraten, sind gescheitert. Herr Kohn ignoriert die Arbeiterverbände vollständig. Aber nicht nur die Arbeiterverbände, sondern auch die Regierung. Zu einer Beratung, die im Ministerium für Handel und Industrie stattfand, war er ebenfalls nicht erschienen. Der Klassenverband sowie der Verband „Praca“ haben daher beschlossen, Max Kohn nochmals zu einer Beratung einzuladen und falls er nicht kommen sollte, die Beratung ohne ihn abzuhalten. Die Verbände sind entschlossen, durch ihre Sejmabgeordneten bei der Regierung eine zwangsweise Inbetriebsetzung zu beantragen. Hoffentlich gelingt es der Regierung der Selbstherrlichkeit der Herren Kohn einen Dämpfer aufzusetzen!

U. G. K. Rindler, Pabianice, unter Zwangsverwaltung. Die Sejmkommission für Industrie- und Handelsangelegenheiten hat einen Antrag der N. P. R. angenommen, der die Zwangsverwaltung der U. G. K. Rindler fordert. In dem Antrag heißt es, daß seit der Übernahme eines großen Teils der Aktien durch Engländer, zahlreiche ältere Arbeiter, die längere Zeit in der Fabrik arbeiten sowie Kriegsinvaliden entlassen wurden. Seit Mitte Februar ruht der Betrieb. Die Verwaltung ist bereit 600 Arbeiter anzustellen, jedoch erst nach vorheriger ärztlicher Untersuchung.

Auch der Magistrat in East in Zahlungsschwierigkeiten. Da der Magistrat eine ungedeckte Schuld von nahezu 1 Milliarde aufweist, sollen einige Aktienfränke sowie ein Schreibtisch öffentlich versteigert werden.

Großfeuer auf dem Fabrikbahnhofe. In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag brach auf dem Lodzer Fabrikbahnhofe in dem Magazine für Eilabfertigung Feuer aus. Das Feuer, das in den aufgeschichteten leicht brennbaren Gütern, wie Leer, Benzin, Schmierstoffe reichliche Nahrung fand, verbreitete sich mit ungeheurer Schnelligkeit. In kurzen Abschnitten erfolgten drei heftige Detonationen. Da durch das Feuer die Telefonverbindung mit der Stadt unterbrochen war, mußte die Feuerwehr vom Hotel „Polonia“ benachrichtigt werden. Der 2. und 4. Zug der Feuerwehr traf erst nach 20 Minuten ein. Die anderen Züge kamen noch später, so daß von einer planmäßigen Rettungsaktion keine Rede sein konnte. Die meisten Magazine, in denen sich hauptsächlich Staatsgüter befanden, sind niedergebrannt. Das große Benzinlager konnte zum Glück noch gerettet werden. Der Schaden ist sehr groß.

Während der Rettungsaktion stellte es sich heraus, daß der Bahnhof weber über genügend Wasser noch über die primitivsten Löscheinrichtungen verfügte. Diese Nachlässigkeit ist geradezu skandalös, da die Eisenbahnbehörden aus der Brandkatastrophe vor drei Jahren nichts gelernt haben.

Ueber die Ursachen der Katastrophe sind die wildsten Gerüchte im Umlauf. Die einen behaupten hartnäckig, daß nur eine Brandstiftung in Frage kommt und lächeln dabei vielsagend; die anderen sind der Meinung, daß das Feuer durch einen Funken einer manövrierenden Lokomotive entstanden ist. Unter den Beamten selbst, die während der Entstehung des Feuers auf dem Bahnhofe anwesend waren, ist man verschiedener Meinung. Eine Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Zu erwähnen ist noch, daß sich während der Brandkatastrophe auf dem Bahnhofe unerhörte Szenen abspielten. Berittene Polizei sowie Militär schlug auf die Reugierigen ein. Der Kapitän J. von der Intendantur stürzte sich sogar mit dem blanken Säbel auf eine Gruppe von Stadtverordneten, um sie zu zwingen, die Feuerwehrspritzen zu bedienen.

St Streit ein Entlassungsgrund? Der Arbeitsinspektor Kulickowski wandte sich an den Hauptinspektor Aloth um Aufklärung, ob Streit als eine Lösung des Arbeitsabkommens anzusehen sei. Herr Aloth antwortete, daß der Streit unter den Begriff Koalitionsfreiheit fällt, der den Bürgern Polens von der Verfassung gewährt wird. Infolgedessen darf der Streit nicht als Lösung des Arbeitsabkommens angesehen werden.

Die Krankenkasse schickt Kranke nach Zakopane und Buzk. Die Krankenkasse hat in Zakopane eine Villa gemietet, die zur Unterbringung von Kranken aus Lodz dienen soll. Die Krankenkasse wird jährlich gegen 240 Kranke nach Zakopane schicken. Als Arzt wurde Dr. Kuczewski bestellt. In Buzk hat die Krankenkasse ebenfalls 2 Villen gemietet. Es werden während der Sommerzeit gegen 80 Kranke nach Buzk geschickt werden können.

Was sagt die Bauabteilung des Magistrats dazu? Am Mittwoch, den 11. ds. Mts., nachts, wurde an der Ecke der Andrzeja- und Odanskastraße seitens einer Kolonne der Bauabteilung des Magistrats das Straßenpflaster aufgerissen, um es auszubessern. Weder eine rote Laterne noch irgend ein anderes Zeichen warnte eventuelle Auto- oder Droschkenfahrer vor dieser defekten Stelle. Herr A., der sein Auto um diese Zeit durch die genannte Straße führte, hätte sich bestimmt samt Insassen das Genick gebrochen, wenn nicht im letzten Augenblick ein Herr, der gerade die Straße passierte, mit erhobenen Händen als Warnungszeichen gebiet haben würde. Nur der Geistesgegenwart des Herrn A. ist es zu verdanken, daß ein weiteres Autounglück, wovon Lodz in letzter Zeit eine ganze Anzahl zu verzeichnen hatte, verhütet wurde.

Wir fordern sofortige Abhilfe.

Die deutsche Volksschule Nr. 93 an der Zgierzla Nr. 101 veranstaltet am Donnerstag im Garten des Radogoszjer Turnvereins für die Kinder, Eltern und Absolventen der Schule ein Gartenfest mit verschiedenen Ueberraschungen. Beginn 12 Uhr mittags. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest nächsten Sonntag statt.

Vereine.

Deutscher Lehrerverein zu Lodz. Am Sonntag, den 15. Juni l. J., findet ein Ausflug nach dem Lucmierzer Walde statt. Abfahrt aus Lodz mit der Zgierzer Elektrischen um 7.20 morgens. Sammelstelle — Marktplatz in Zgierz. Der Abmarsch aus Zgierz erfolgt pünktlich um 8 Uhr. Der Weg führt durch schöne Gegenden. Herr Freyer wird über die Geschichte der Stadt Zgierz sprechen. Auch heimats- und erdunkliche Beobachtungen und Belehrungen sind vorgegeben. Die Tour beträgt 21 Kilometer. Alle unsere gesch. Mitglieder, die gern in der Natur wandern, werden hierzu herzlich eingeladen.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Zu den Stadtraiwahlen. Durch Bekanntmachungen des Vorsitzenden des Hauptwahlkomitees wurden 4 Stimmbezirke festgelegt. 1. In der evang. Volksschule, Lezyzla Nr. 3; 2. Im Magistratsgebäude; 3. In der Volksschule Nr. 1 am Klinge und 4. Im Lokale „Sokol“, Wierzbinska Nr. 9. Die Wahlerlisten werden am 17., 18. und 19. Juni in der Zeit von 5—9 Uhr abends zur Prüfung ausgelegt sein. Der Termin der Einreichung der Listen läuft am 27. Juni ab.

Warschau. Gestohlene 10-Millionenscheine. In der Flota 7 waren die Kanalisationsröhre verstopft. Herbeigerufene Arbeiter fanden das die Röhre mit 10-Millionenscheinen verstopft waren, die, wie sich später herausstellte, vom Wärter der Banknotenbruckerel im April gestohlen und aus Furcht teilweise in den Abort geworfen wurden. Der Wärter wurde verhaftet. Er gestand, Banknoten für 50 Milliarden gestohlen zu haben.

Von der deutschen Arbeitspartei.

An die Vorstände

Jämtlicher Ortsgruppen der D. A. P.

Der Parteirat hat in seiner dritten ordentlichen Sitzung vom 1. Juni d. J. nachstehende Beschlüsse in Sachen der Erhebung der Mitgliedsbeiträge gefaßt:

1. Die Mitgliedsbeiträge sind in zwei Kategorien eingeteilt. Vom 1. Juni ab beträgt der Mitgliedsbeitrag in der ersten Kategorie 25 Groschen, in der zweiten Kategorie 10 Groschen monatlich. Es wird jedem Mitglied freigestellt, sich diejenige Kategorie der Mitgliedsbeiträge zu wählen, die seinen finanziellen Möglichkeiten entspricht. Der Beitrag zu 25 Groschen wird durch das Einleiben einer roten Marke, der Beitrag zu 10 Groschen durch das Einleiben einer blauen Marke entrichtet.

2. Die rückständigen Mitgliedsbeiträge sind nach den neuen Sätzen zu entrichten.

3. Im Falle der Arbeitslosigkeit können die Mitglieder von der Beitragszahlung befreit werden, wobei in die betreffenden Monatsfelder des Mitgliedsbuches grüne Beitragsmarken mit dem Stempelaufdruck „Frei“ eingeleibt werden. Die Vorstände der Ortsgruppen sind verpflichtet, in dem monatlichen Klassenbericht an den Hauptvorstand die genaue Zahl derjenigen Mitglieder anzugeben, die infolge Arbeitslosigkeit von der Zahlung der Beiträge befreit wurden.

4. Als Einschreibgebühr für neue Mitglieder wird ein Mindestsatz von 20 Groschen festgesetzt, wobei es jedem freisteht, höhere Beträge zu zahlen.

Zwecks Ausführung obiger Beschlüsse werden die Vorstände aller Ortsgruppen aufgefordert, von allen Bezirksleitern unverzüglich die Abrechnung bis Ende Mai einzufordern und ihnen neue Marken laut Punkt 1 und 3 auszufolgen.

Der Hauptvorstand.

Vertrauensmännerratung. Am kommenden Sonnabend, den 21. Juni, um 7 Uhr abends, findet die ordentliche Vertrauensmännerratung statt. Da wichtige Angelegenheiten zu beraten sind, ist das Erscheinen aller Vertrauensmänner notwendig.

Sport.

F. C. Nürnberg deutscher Fußballmeister. Der Entscheidungslampf um die deutsche Meisterschaft fand im Berliner Stadion vor mehr als 35000 Zuschauern statt. Dem F. C. Nürnberg stand der Hamburger Sportverein gegenüber. F. C. Nürnberg legte überlegen mit 2:0 (1:0).

Amerika-Polen. Das Fußballweltspiel zwischen diesen beiden Ländern, das am Dienstag in Warschau stattfand, endete mit dem Siege der Amerikaner 3:2 (2:2).

Die Sieger der Fußballolympiade. Die Ergebnisse der Fußballolympiade sind folgende:

- 1. Uruguay: 8 Punkte mit einem Torverhältnis von 20:2. (Sieger gegen Jugoslawien 7:0, gegen Amerika 3:0, gegen Frankreich 5:1, gegen Schweiz 3:0, gegen Holland 2:1).
 - 2. Schweiz: 7 Punkte, Torverhältnis 15:3. (Sieger gegen Litauen 9:0, gegen Tschechen 1:1 und 1:0, gegen Italien 2:1, gegen Schweden 2:1).
 - 3. Schweden: 5 Punkte, Torverhältnis 15:2. (Sieger gegen Belgien 8:1, gegen Ägypten 5:0, gegen Holland 2:1).
 - 4. Holland: 4 Punkte, Torverhältnis 8:1. (Sieger gegen Rumänien 6:0, gegen Irland 2:1).
 - 5. Italien: 4 Punkte, Torverhältnis 4:2. (Sieger gegen Spanien 1:0, gegen Luxemburg 2:0, Berlinerer gegen Schweiz 1:2).
- Polen steht an 17. Stelle mit 0 Punkten.

Kleine politische Nachrichten.

Die litauische Regierung zurückgetreten. Golwanauskas hat die Demission des Kabinetts eingereicht. Der Staatspräsident hat die Demission angenommen und Krupowicz mit der Neubildung der Regierung betraut.

Der Kongreß der deutschen Sozialdemokratia findet seit dem 11. Juni in Berlin statt. Es sind wichtige Beschlüsse zu erwarten, die bestimmend für die Haltung der Sozialdemokratie in der nächsten Zeit sein werden.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	10. Juni	13. Juni
	in Zloty	
Engl. Pfd.	22,36	22,40
Dollar	5,185	5,185
Schw. Frank.	91,27	91,50
Franz. Frank.	25,95	27,45
Belg. Frank.	22,74	23,67
Goldbons	—70	—70

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Ant. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

CASINO.

„UM FRAUENEHRE“

Drama in 6 Akten mit **LUCY DORAINÉ** in der Hauptrolle.

Außerdem:
ILLUSTRIERTE RUNDSCHAU VON GAUMONT. | Pariser Wunderschatten.
 Kinematogr. Illustration der wichtigsten Ereignisse der Welt | Ergötliche optische Täuschungen.

Preise der Plätze nicht erhöht.

ODEON.

Buffalo-Bill

Amerikanisches Sensations-Drama.
 2 Serien — 12 Akte — in einem Programm

Für die Jugend gestattet!

Preise der Plätze nicht erhöht

u. zw. III. Pl. 1.20 Zl., II. Pl. 2.— Zl., I. Pl. 2.50 Zl.

Heute große Premiere! Nach dem Muster der europäischen Großstädte Zusammen 15 Akte!
 geben wir 2 Filme in einem Programm!

LUCY DORAINÉ Im brennenden Wüstensand | Am Rande des Treubruchs

(BURNING SANDS) Großes orientalisches Drama in 8 Akten aus dem Leben der englischen Kolonisten in Ägypten. — In den Hauptrollen: **Wanda Hawley** und **Milton Sills.** —

Modernes Drama in 7 Akten. In d. Hauptrolle d. prämi. Schönheit **Agnes Ayres.** Symphonieorchester unt. Leit. d. **H. Engländer.** Das einzige Kino in unserer Stadt mit großer Garten-Terrasse!

Sonntag, den 22. Juni 1924, in Alexandrow auf dem eigenen Sportplatz

XI. Gau-Turnfest der Vereinigten Turnvereine in der Wojewodschaft Lodz.

Festordnung: 8 Uhr früh: Beginn des **Zwölf-Kampfes**; 2 Uhr nachmittags: Ausmarsch sämtlicher Vereine nach dem Festplatz; 3 Uhr: Schauturnen; 6 Uhr: Preisverteilung. Abends 7 Uhr: Schlussfeier mit Tanz.

Letzte Elektrische ab Alexandrow abends 12 Uhr. Das Fest findet bei jeder Witterung statt.

Das Festkomitee des Alexandrower Turnvereins.

Lodz'er Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Arbeitspartei Polens

Am Montag, den 16., 23., 30. Juni und 7. Juli, abends 7 Uhr, finden im Saale des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter, Andrzejka 17

Große Berichterstattungsverfammlungen

statt. Sprechen werden die Stadtverordneten: Reinhold Klim, Otto Graf, Ludwig Kul, Oskar Seidler und Robert Filbrich über die städtische Wirtschaft.

Am Montag, den 16. Juni, spricht Stadtverordneter Otto Graf über das Budget der Stadt Lodz für das Jahr 1924 sowie über allgemeine Steuer- und Finanzfragen.

174

Die billigste Einkaufsquelle! Sie brauchen beim Einkauf nicht viel Geld anzulegen! Für ein Drittel Bargeld! Gegen Teilzahlungen!

Madapolam, Silesia, verschiedene Leinen, Rohwaren, Jersey, Bettzeug, Purpur, Bettlaken, Tischdecken, Servietten, Handtücher, Plüschdecken, Kordras, Kostüm- und Anzugstoffe, Cheviots, Batist, Etamine, farbige Dessin- und weiße Protés, weiße und farbige Crepons, Schürzenzeug, weiße und farbige Gardinen, fertige Damen- und Herrenwäsche, Herrenanzüge und Damenpaletots, Barchent.

Ermäßigte Preise. — Günstigste Zahlungsbedingungen.

„WYGODAPOL“ Konstantinerstr. Nr. 3 (im Hofe.)

Bemerkung: Vor jedem 1. u. 15. des Monats Einzählung eines Wertteils d. Kaufsumme.

SCHUHWAREN

kaufen Sie billig bei

R. Stoklos, Lodz,
 Wólczanstraße 161.

Suche Stellung als Portier

oder ähnlichen Posten. Bin Kriegsinvalide. Gef. Angebote bitte zu richten an A. Walter, Fabryczna 5.

Spiegel-Belegerei und Kristall-glas-Schleiferei

Lodz, Juliusstrasse № 20

empfiehlt sich zur Anfertigung aller ins Fach schlag. Arbeiten.

Achtung! Schadhafte Spiegel werden aufgefrischt!

Trumeaus (Stehspiegel) auf Ratenzahlungen.



Sie kaufen gut und billig ihre Frühjahrs- und Sommergarderoben gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238

Damen-, Herren- und Kinder-garderoben, Manufakturwaren sowie Schuhwaren in größter Auswahl.

Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Filialen besitzen wir nicht).

Tabak, Zigarren und Zigaretten sowie alle in die Tabakbranche fallende Waren empfiehlt

STEFAN LEWANDOWSKI
 Sienkiewicza 48, Ecke Nawrot, Tel. 23-39.

Oskar Kahlert
 Glasschleiferei u. Spiegelbelegerei
 Lodz, Wólczanska 109

empfiehlt ab Lager: **Toiletten-, Wand- und Stehspiegel** (Trumeaus) vom kleinsten bis zum größten Format; übernimmt zur sorgfältigen Ausführung aller Art Bestellungen. Solide Arbeit. — Mäßige Preise.

Klaviere und Flügel
 nur ausländische Fabrikate

empfiehlt an Wiederverkäufer wie auch Private

Hermann Finster & Co.
 Lodz, Zakatnastrasse Nr. 79.

Trauringe in großer Auswahl, Bijouterie, Tischdekore in Silber u. plattiert, goldene und silberne Uhren modernst. Fassons, sowie Salon-, Zimmer- und Küchen-Uhren.

Uhren. Alle Reparaturen werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

JAN CHMIEL
 NAWROT 4.



Fahrräder, Pneumatiks

Ersatzteile kauft man gut u. billig bei

T. J. Arnold, Lodz
 Petrikauer 191

Reparaturen aller Art, auch Emaillierung etc. werden tadellos u. billig ausgeführt



Kampflied.*

Für die „Lodzger Volkszeitung“ verfaßt.
Von H. Leuthold.

Wir kämpfen für der Menschen Recht.
Licht, mehr Licht!
Es steigt empor ein neu Geschlecht.
Licht, mehr Licht!
Frisch voran!
Drauf und dran!
Schafft dem Fortschritt eine ebne Bahn!
Frisch voran!
Drauf und dran!
Schafft dem Fortschritt ebne Bahn!

Der Freiheit unser Streben gilt.
Stark und frei!
In unsere Herzen glüht ihr Bild
Ewig neu.
Frisch voran!
Drauf und dran!
Freiheitsbanner, leuchte uns voran!
Frisch voran!
Drauf und dran!
Freiheitsbanner, leucht voran!

Wir suchen unsers Volkes Heil.
Licht, mehr Licht!
Ein würdig Los werd ihm zuteil!
Licht, mehr Licht!
Frisch voran!
Drauf und dran!
Kämpfe mutig mit, wer kämpfen kann!
Frisch voran!
Drauf und dran!
Kämpfe mit, wer kämpfen kann!

Den Finsterlingen Bann und Acht!
Hohn und Schmach!
Flieh vor dem Licht, Geschlecht der Nacht!
D o l l e, e r w a c h!
Brich herein,
Freiheitschein,
Führ zu frohem Sieg die Kämpfer dein!
Brich herein,
Freiheitschein,
Führ zum Sieg die Kämpfer dein!

* Die Mitglieder der Gesangsaktion der D. A. P. werden ersucht, das „Kampflied“ auszuschneiden, da es vom Verfasser vertont und später von der Gesangsaktion gesungen werden wird.

Die Gewissensfreiheit in Polen.

Für die „Lodzger Volkszeitung“ geschrieben.

Die gegenwärtige Lage der Gewissensfreiheit in Polen ist sehr unerfreulich. Die Verfassung gewährleistet zwar (Art. 111) den Bürgern „Gewissens- und Religionsfreiheit“, sie meint aber darunter, wie es aus Art. 116 hervorgeht, besonders die Religionsfreiheit, indem sie über die Rechte der konfessionslosen Freidenker, welche keiner dogmatischen Religion angehören wollen, ein diplomatisches Schweigen beobachtet.

Tatsächlich besitzen das katholische und zum großen Teil auch die anderen Glaubensbekenntnisse eine bevorzugte Stellung. Sie greifen vielfach in das Privatleben des Bürgers ein, der das „Glück“ hatte, bei Geburt in das Register eines der Glaubensbekenntnisse eingetragen worden zu sein. Das Gesagte betrifft hauptsächlich das frühere Russisch-Polen, wo bis jetzt die dem Lande gewaltsam vom Zaren Nikolaus I. aufgezwungene Gesetzgebung gilt (Ehegesetz vom Jahre 1836). Merkwürdigerweise halten sich krampfhaft an diese Ueberbleibsel der zaristischen Vergewaltigung die „frommen“ Sejmabgeordneten und denken sogar daran, die anderen, früher preußischen und österreichischen Landesteile, damit zu beglücken. In ganz Polen ist in jeder staatlichen oder kommunalen Schule der Religionsunterricht Pflichtfach, auch wenn die Eltern konfessionslos sind und sich denselben für ihre Kinder nicht wünschen. Die Schüler sind gezwungen, Gottesdienste zu besuchen, und wenn sie als Katholiken registriert sind, zu beichten und zu kommunizieren. In der Schule und in dem Schulrat hat der katholische Geistliche eine entscheidende Stimme und kann jeden unbequemen Lehrer aus dem Amte verdrängen.

Die freien polnischen Bürger des früher russischen Gebiets befinden sich in einer schwierigeren Lage als ihre Mitbürger des preußischen und österreichischen Teilgebiets, da sie in ihrem Privatleben bei jeder Gelegenheit dem Eingreifen der Kirche ausgesetzt sind. Hier ist der Geistliche gleichzeitig Zivilstandesbeamter. Deshalb ist es unmöglich, einen Neugeborenen ohne Taufe zu registrieren, das Kind ohne Taufschein in die Schule zu schicken; die Ehe ohne kirchliche Trauung und bei den Katholiken ohne vorgehende Beichte einzugehen. Bei den Katho-

liken ist eine Ehescheidung unmöglich, natürlich für Unbemittelte, denn Reiche dürfen sich, für entsprechendes Entgelt, eine „Eheamullierung“ bei den Konsistorien leisten.

Ein als Jude registrierter Freidenker muß sein neugeborenes Kind der blöden Operation der Beschneidung (ein Ueberbleibsel der uralten Menschenopfer!) unterwerfen. Stirbt ein unbeschneidener Jude, so muß an seiner Leiche die Beschneidung nachträglich vorgenommen werden, „damit am Tage des Gerichts der Herrgott seine Gläubigen leichter erkennen könne“. Der jüdische Freidenker ist von staatswegen gezwungen, einen Beitrag an die mosaische religiöse Gemeinde zu leisten.

Um die Freidenker in Polen aus dieser unwürdigen Lage zu befreien und die fortschreitende Verkirklichung des Staates zu bekämpfen, entstand vor zwei Jahren „Der polnische Freidenkerbund“ (Stowarzyszenie Wolnomyślicielei Polskich). „Polnisch“ ist hier natürlich in territorialer, nicht in nationaler Bedeutung des Wortes zu verstehen.

Wie es aus seinen Satzungen hervorgeht, ist sein Haupt, aber keineswegs ausschließliches Ziel der Kampf mit dem Klerikalismus. Außerdem wendet er sich aber entschieden gegen jede Knechtung der freien Forschung, oder der politischen Anschauungen, überhaupt gegen jeden Zwang, den man auf die Gedankenfreiheit in allen Geistesrichtungen ausüben möchte. Er ist ein Feind von Nationalismus und Militarismus und Förderer einer reinen, von allen religiösen Dogmen und Imperativen befreiten Ethik.

Es bestehen z. B. in Polen zahlreiche Zweigabteilungen des Bundes. Es gibt auch eine Filiale in Lodz (Gdansta 87), die sich gut entwickelt und bereits über 500 Mitglieder, zum großen Teil Arbeiter, zählt.

Die zahlreiche Beteiligung der Lodzger Arbeiterchaft beweist, daß dieselbe die große Bedeutung der freidenkerischen Bewegung für das werktätige Volk richtig erfaßt hat. Von jeher ist ja die Religion ein Werkzeug des Kapitals. Sie dient dazu, die darbenende Menge im Zaume zu halten und sie in ihrer trostlosen Lage mit Hoffnungen auf ein besseres Jenseits zu verträufeln. Deshalb verbindet sich der Klerus immer mit der Reaktion. Ganz unverblümt sprach es vor kurzem das offizielle Organ des Bistums Wloclawek aus, daß die nationale Demokratie (ZNL) ihre Sejmmandate ausschließlich der Agitation der katholischen Geistlichkeit

Adalises Ehe.

Roman von H. Hruszka.

(Nachdruck verboten.)

(10. Fortsetzung.)

Und ohne ihn weiter eines Blickes zu würdigen, verließ sie das Zimmer. Draußen stieß sie mit Eva zusammen, die erschrocken in ihr totenblaues Gesicht starrte. „Um Gotteswillen, Adalise, was ist denn geschehen? Ist dir nicht wohl? Und warum willst du denn schon gehen?“

„Nichts ist geschehen. Aber ich habe Kopfschmerzen und man erwartet mich außerdem daheim. Gute Nacht Eva!“

VI.

Adalise hatte eine schlaflose Nacht. Immer wieder hörte sie sich sagen: „Ich liebe Leo Gottulan.“ Es war ihr auf die Lippen gekommen, sie wußte selbst nicht wie. Ganz natürlich, wie eine selbstverständliche Wahrheit.

Aber es war nicht wahr... nein, es war nicht wahr! Jetzt, wo er acht Tage vor der Hochzeit für kurze Zeit nach Karolinenruhe gefahren war — in Geschäften wie er sagte — fühlte sie es von Tag zu Tag deutlicher. Es war nicht wahr! Sie paßten ja gar nicht zusammen.

Er verstand sie nicht, sie ihn nicht. Er war ein Despot, der sie nur quälten würde. Tiefunglücklich würden sie beide werden.

Zwei Tage später kam Leo Gottulan zurück. Fröhlich, in sehr gehobener Stimmung, ganz Zutraut und Eifer. Das neue Geschäft, um dessen willen er nach Eichstein gefahren war, war in die Wege geleitet.

Er erzählte es Adalise mit befriedigtem Stolz. Der alte Bachmüller von Eichstein war gestorben, sein Besitztum konnte von den Erben nicht gehalten werden. Da kaufte Leo die Mühle und das dazugehörige Gütchen. „Auf Abbruch natürlich, denn mit der alten, baufälligen Mühle fange ich gar nicht erst an. Aber dann baue ich auf den

Fleck eine große, prachtvolle Dampfmühle mit Walzwerk hin, die heidenmähig arbeiten und viel Geld einbringen soll. Die Bauleute sind schon bestellt. Sowie es taut, wird begonnen. Ich rechne später auf zehn Prozent Verzinsung des Anlagekapitals. Siehst du, das ist überhaupt mein Grundtag: Reingewinne aus einem Unternehmen immer wieder in ein anderes Unternehmen stecken.“

Dabei bleibt man jung und genießt die Sonne, beständig aus dem Nichts etwas zu schaffen, mitzuarbeiten am Ausbau industrieller Kultur! Nicht als Handlanger im Troß, sondern als Schöpfer gleichsam!“

Er sprach noch viel und lange. Vielleicht nur, weil er erfüllt war von seinen Plänen, vielleicht, um ihr Interesse dafür zu wecken. Aber Adalise hörte kaum zu. Und plötzlich sagte sie mitten in seine Ausführungen hinein: „Leo, ich habe es mir überlegt... wir passen nicht zusammen! Gib mich frei!“

Und er, den nichts so leicht aus seiner Fassung brachte, starrte sie nun doch einen Augenblick verblüfft und fassungslos an.

„Adalise!“

„Ja! Gib mich frei!“ wiederholte sie erregt.

Da nahm er ihren Kopf in seine Hände und sah ihr tief und forschend in die dunklen, unruhig flackernden Augen.

„Adalise — willst du das wirklich?“

Sie schwieg. Im Bann seiner Augen und des leisen, weichen Tones, in dem er die Frage gestellt, sanken ihre Gründe plötzlich wie Nichtigkeiten zusammen. Keinen einzigen von allen, die sie bereit gehabt, brachte sie mehr über die Lippen.

Zugleich fühlte sie, daß sie gar nicht mehr wollte... „Willst du das wirklich?“ fragte er noch einmal leise. Und als sie nicht antwortete, nahm er sie in die Arme und küßte sie innig.

„Siehst du wohl? Du willst es gar nicht. Weil du fühlst, was du noch immer nicht weißt: Daß du mich liebst, und wir zueinander gehören!“

Sechs Tage später wurden sie getraut und reisten gleich nach der Trauung für zwei Wochen nach einer verstaubten, wenig bekannten Bucht der Adria.

Ein rauher Märzwind blies in die Ankunftsallee des Südbahnhofes, als Hilberts und Gottulans das junge Paar aus dem Säben erwarteten.

Alle waren ein wenig aufgeregt an diesem Tage. Nicht nur, weil die Neudemählten gar nicht geschrieben hatten und sie heimlich daraus beunruhigende Schlüsse zogen, sondern auch aus persönlichen Gründen.

Frau von Hilbert, weil sie wieder auf der Suche nach einem neuen Stoff war, nachdem ihre so begeistert begonnene Novelle das Schicksal ihrer Vorgängerinnen erlitten hatte, nämlich unvollendet in den Schrank zu wandern. So ging es Frau Cälia immer: Mitten in der Arbeit verlor sie die Lust, sie fand immer keinen rechten Schluß und legte die Arbeit einfach beiseite. Der Stoff war dann „nichts wert gewesen“. Bis sie einen neuen fand, befand sie sich stets in einem Zustand nervöser Erregung.

Klaudia ärgerte sich, daß Manfred nicht hatte mitkommen wollen, weil er sich noch immer nicht mit Adalises Heirat „ausöhnen“ könne.

Gottulans und Eva aber waren in gereizter Stimmung, weil Udo von Martini trotz wiederholt gegebener Versprechungen wieder einmal heimlich gespielt und viel verloren hatte. Gottulans sollten die Schulden bezahlen, hatten sich aber geweigert und erst nach einem heftigen Austritt mit Eva nachgegeben.

Mit dieser Verstimmung im Herzen waren sie zur Bahn gefahren und sofort von Frau von Hilbert in Beschlag genommen worden, die ihnen unermüdetlich von ihrer Schriftstellerei und ihrem Haushalt, der sie beständig am Schreiben hindere, vorstachelte.

Sie atmeten auf, als der Zug endlich in die Halle rollte und die Majorin abgelenkt wurde.

„Dort sind sie!“ rief Klaudia, erregt auf den zweiten Wagen deutend. „Ich sehe Adalises hellgraues Kostüm

unter der Landbevölkerung verdankt, und daß es deshalb die Pflicht der Endecja sei, die Landgüter der Geistlichkeit vor der Agrarreform in Schutz zu nehmen.

Geistliche und wirtschaftliche Befreiung sind eng verbunden und voneinander gegenseitig abhängig.

Als sein erstes praktisches Ziel hat sich der polnische Freidenkerbund die staatliche Anerkennung der Freidenker im früheren Russisch-Polen gestellt, nötigenfalls als eine besondere Gemeinde, welche die Geburten, Eheschließungen, Todesfälle von einem bereits vorhandenen Zivilstandsbeamten registrieren lassen dürfte.

Dr. M.

Da ein diesbezügliches Gesuch vom Ministerium ablehnend beantwortet wurde, veranstaltete der Freidenkerbund in allen seinen Filialen Protestversammlungen. Auch in Lodz fand eine große Protestversammlung statt, auf der sehr bemerkenswerte Entschlüsse gefaßt wurden.

1. Es ist ein Akt der Gewalt, die Bürger zur Zugehörigkeit zu irgend einer religiösen Gemeinde zu zwingen.

2. Die ablehnende Antwort des Ministeriums ist ein Beweis dafür, daß unsere Regierung unter dem Einflusse des Klerus der herrschenden Kirchen steht.

3. Die kirchliche Unterdrückung fühlen am meisten die breiten Massen, die verdummt und ausgehöhlt von den sich selbstberufenen Vormündern werden, die behaupten, die Gewalt von Gott erhalten zu haben.

Zum Schluß wurden alle Sejmabgeordneten und Senatoren, die die Freiheit des Gewissens höher als die Interessen der Kirche stellen, aufgefordert, die Forderungen des Freidenkerbundes zu unterstützen.

Der blamierte Chjenaprofessor.

Ein polnischer Professor als Lügner.

In Paris weilen einige polnische Professoren als Gäste, die in der Sorbonne Vorträge über Polen halten. Unter den polnischen Gästen befindet sich auch ein Professor aus Posen, namens Grabowski, der über polnische Literatur liest.

In einem Artikel erzählte nun dieser famose Prof. Grabowski dem Pariser Publikum, daß er eine Unterredung mit dem Rektor der Sorbonne, Prof. Appel, gehabt hätte.

Der Herr Professor und Gast der Franzosen ging im besagten Artikel noch weiter. Er beklagte sich über einige Professoren, die eine antipolnische Tätigkeit entfalten und beschimpfte sie als jüdische Mitglieder der Sorbonne.

Die Kollegen des Herrn Grabowski sind von dessen politischem Gastspiel in Paris auch nicht sehr erbat. Da das Pariser Publikum gegen die polnischen geistigen „Kapazitäten“ eingenommen ist, müssen sie vor schwach besetzten Bänken ihre letzten Vorträge halten.

Dieses unglückliche politische Auftreten des polnischen Professors dürfte auch bei uns in Polen den peinlichsten Eindruck hervorrufen. Man wird nächstens vorsichtiger in der Auswahl von Vertretern der polnischen Wissenschaft sein, die gleichzeitig sozusagen auch den Staat repräsentieren.

Bül-Bül.

Reventlows großes Geheimnis.

Er weiß, wie Deutschland zu retten ist, sagt es aber nicht!

In alten Zeiten fragte einmal ein prüfender Professor einen Medizinstudenten, welche Funktion im menschlichen Körper die Milz habe: „Herr Professor“, stammelte der Kandidat, „ich habe es gewußt, aber ich habe es vergessen!“

„Sie sind der einzige, der gewußt hat, welche Funktionen die Milz hat, und Sie haben es wieder vergessen.“

In einer ähnlichen unglücklichen Lage befand sich der deutsche Reichstag bei dem Vortrag des nationalsozialistischen Grafen Reventlow über die auswärtige Politik.

„Was dann?“ tönte es ihm aus den Bänken der Sozialdemokraten entgegen.

„Dann wird etwas geschehen, was seit fünf Jahren noch nie geschehen ist!“

„Na was denn?“ (Allgemeine Spannung.)

„Meine Herren und Damen, dann werden wir Politik treiben!“

„Was für eine Politik denn?“

„Ja, glauben Sie, daß wir so dumm sind, das hier öffentlich zu sagen? Aber wenn sich einer der Herren zu mir bemühen will, dann werde ich ihm das unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit mitteilen.“

Sprachs, klappte sein Manuskript zusammen und ging. Hohngelächter der Hölle hinterdrein!

Wer geht nun zum Grafen Reventlow?

Ein schöner Beruf abgebaut.

Tom Dorgan ist der unglücklichste Mann von New-York; er hatte den schönsten Beruf der Welt und er hat ihn verloren. Er war der Badezofen für sämtliche eleganten Modebäder, die um New-York liegen, und hatte den ganzen Tag nichts anderes zu tun, als im Sonnenschein am Strande zu liegen und scharf die entzückenden Nymphen zu beobachten, die in ihren Badekostümen herumprozentierten.

Im Namen des Gesetzes hatte er streng darauf zu achten, daß jede der schönen Badenden Strümpfe trug oder mit einem Badekostüm bekleidet war, das wenigstens achtzehn Zoll unter die Taille herunterreichte.

Werbe neue Leser für dein Blatt!

Braucht er noch zu arbeiten? Nein! Es ist nur Einbildung von ihm. Das will ich ihm schon beweisen — draußen in Karolinenruhe. Ich will eine eigene schöne Villa haben, wie Eva, und seine langweiligen Geschäfte muß Leo aufgeben.

„Ich glaube, das wird dir nie gelingen, Adalisse. Ihm ist Arbeit Lebensbedürfnis.“

„Das bildet er sich ein. Laß mich nur mit ihm fertig ein Weilschen allein sein, dann bringe ich ihn schon dahin, wohin ich will.“

„Sie lachte leise.“

„Ich dachte, ab morgen wolle er König sein?“ bemerkte Klaudia trocken. Wieder lachte Adalisse in sich hinein und schüttelte den rotgoldenen Lockenkopf.

Abends waren alle — das junge Paar, Gilberts und Martins zu den alten Gottulans geladen. Udo von Martini und Manfred aber ließen sich entschuldigen.

Manfred war gegen Abend auf einen Sprung zu Adalisse gekommen, um sie zu begrüßen. Er fand sie allein in ihrer entzückenden, ganz nach ihren Wünschen hochmodern, in vorherrschend hellen Farben eingerichteten Wohnung — ein Geschenk des Schwiegervaters, wie die gefüllten Wäscheschränke in einer besonders dafür bestimmten Kammer ein Geschenk Frau Karolines waren.

Adalisse, im Innersten doch ein wenig gerührt und dankbar für das kleine Feenreich, das man ihr da zu Füßen gelegt, zeigte ihm alles voll Stolz.

Aber Manfred fand, daß das ja keine Kunst sei — bei dem Mammon!

„Und sie tun es ja doch wieder nur fürs Geschäft,“ sagte er wegwerfend. „Denn das hebt doch ihre Stellung in der Welt und vergrößert ihr Ansehen, daß Leo eine Dame aus altadeliger Familie zur Frau bekam!“

Die letzten Worte drückten nur Adalisses eigene Meinung aus.

(Fortsetzung folgt.)

und ihren weißen Schleier!“ Sie lief auf den Wagen zu, erwartungsvolle Spannung im Gesicht. Seit zwei Wochen sah sie diesem Augenblick mit unruhiger Neugier entgegen.

Wie würde Adalisse das Joch dieses Herrenmenschen, gegen dessen Willen es kein Auflehnen gab, ertragen haben? Wie er die eigenwillige Oberlächlichkeit des verwöhnten Prinzchens?

Aber schon in der nächsten Minute atmete sie erleichtert auf. Zwei strahlende Menschen, denen das Glück aus den Augen lachte, standen vor ihr.

Auch Gottulans und Mama Hilbert atmeten heimlich auf. Gott sei Dank, ihre Unruhe war unbegründet gewesen! Das Leuchten in den Augen der Neuvermählten sprach deutlicher als tausend Worte!

„Es war entzückend, Klaudia! Nie hätte ich mir das Verheiratetsein so schön vorgestellt! Und wieviel Neues, Herrliches haben wir gesehen! Ach, überhaupt — reisen! Wie ist das einzig schön! Noch dazu so reisen, wie wir es taten! Ohne Sorgen, ohne Sparen, ohne sich um irgend etwas kümmern zu müssen! Leo ist ein großartiger Reisemarschall, so gewandt in allem. Alles sieht er voraus, hat jede Schwierigkeit schon bewältigt, ehe man sie noch merkt.“

Wir waren einen Tag in Triest und zwei in Venedig. Du — dort kennst er, glaube ich, jeden Palazzo und jedes alte Bild.“

„Ihr habt euch also gut vertragen?“

„Vertragen? Na, hör mal ... Leo tat doch alles, was er mir nur an den Augen absehen konnte. Jeden kleinsten Wunsch las er mir förmlich von den Augen! Du glaubst es nicht? Du machst so ein Gesicht, Klaudia.“

„Doch, ich glaube dir ja alles!“ sagte Klaudia, fühlte sich aber doch tief erstaunt, ja sogar ein bißchen enttäuscht. Also auch Leo, zu dessen kraftvoller Festigkeit sie so bewundernd aufgeblickt, wurde schwach vor einem häßlichen Gesicht!

„Dort steht ja unser Gepäc,“ rief Adalisse, als sie am Gepäckschalter vorbeikam und Leo mit einem Dienstmann verhandeln sah.

„Kommst du bald, Leo?“

„Geht nur immer voraus, ich folge sofort,“ erwiderte Leo und warf ihr einen zärtlichen Blick zu. Adalisse sah ihn strahlend an, dann ging sie an der Seite der Schwester dem Ausgang zu.

„Immer und immer wieder kann ich's nur sagen, Klaudia, eine unvergeßlich schöne Reise war es! Nicht der leiseste Anflug eines Schattens trübte unser Glück. Weißt du, was Leo sagte? Diese zwei Wochen gehörten ganz mir. Da sei ich Königin, und er sei Sklave. Später, wenn er wieder bei seiner Arbeit sei, dann würde es manchmal umgekehrt kommen, und darein müsse ich mich finden, daß er dann König sei. Morgen in Karolinenruhe soll's angehen ...“

„Ihr geht nach Karolinenruhe? Nicht in eure schöne Stadtwohnung?“

„Nein, fürs erste noch nicht. Leo behauptet, er müsse jetzt mal unbedingt ein paar Wochen draußen in Karolinenruhe bleiben, des Mühlbaues wegen. Der geht ihm nämlich ständig im Kopf herum. Er meint, es werde etwas Großartiges werden. Na, ich lasse ihn dabei. Mich interessiert die Geschichte ja gar nicht, weißt du! Ein Fabrikbau! Scheußlich nach meinem Gefühl! Aber wenn er's durchaus will ... und dann, an dem Wohnen im Gottulanshaus bei den Schwiegereltern liegt mir gar nichts. Da ist es mir ganz lieb, Leo allein für mich zu haben, um ihn so für meine Pläne gefügiger zu machen ...“

„Für welche Pläne?“

„Nun, ich will doch ein großes Haus machen! Darauf brenne ich ja schon!“

„Und du glaubst, er wird darein willigen!“

„Warum denn nicht! Wenn er sieht daß es mein Wunsch ist?“

„Er ist ja durch seine Geschäfte so in Anspruch genommen, daß er gar keine Zeit haben wird für eine große Geselligkeit!“

„Ach ja, diese Geschäfte! Stehst du, die will ich ihm ja auch ausreden. Wozu denn? Er ist längst reich genug.“

Donnerstag
Nr. 30
Der
lid
(Bon
Die
nanzmin
es bei u
sei, wie
lanierun
die wirt
los, hat
Land in
Parteien
gründun
außerpa
die Beru
nehmen
klären,
fiert wu
Grabkri
zulegen.
wirtscha
von ein
Da
den die
gen genü
Klage z
(„Piaß“
„Kongl
ten in ih
Bauern
den Kle
durch d
viel auf
ist. We
scher Be
lung hab
lung der
Die
Unrecht,
seine W
gründlic
Arbeiter
Strie vor
Zahlen
(95.000
scharf a
die in
losen be
es eine
Arbeits
den Kun
minister
Ab
und Ag
unfähig
gingen
alle re
Stillege
die Mich
Erunge
Wierzbi
Sejm d
dem Tr
zubinder
den Ad
Polen
Arbeiter
wurde
falls sch